



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs

Es informiert Sie:	Annette Geißler
Telefon:	02104/99-1404
Fax:	02104/99-4403
E-Mail:	annette.geissler@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 27.09.2011

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs

Sitzungstermin Donnerstag, den 22.09.2011, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Dr. Norbert J. Stapper

Mitglieder

Jens Bosbach

Monika Dinkelmann

Detlef Ehlert

(ab 15.20 Uhr)

Inge Ganteführ

Alexandra Gräber

Moritz Körner

Ilona Kückler

Reinhard Ockel

Meinolf Oexmann

Bernhard Osterwind

Michael Ruppert

Rainer Schlottmann

Günter Schmickler

Udo Switalski

Dietmar Weiß

Axel C. Welp

Verwaltung

Marcel Beckmann

Annette Geißler

Sigrid Leven

Martin M. Richter

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2011
3. Informationen der Verwaltung
4. Sachstandsbericht zu aktuellen Angelegenheiten im ÖPNV 20/025/2011
5. Fortschreibung Nahverkehrsplan Kreis Mettmann 20/024/2011
6. Neuordnung des Linienverkehrs zwischen Leichlingen und Langenfeld 20/026/2011
7. SozialTicket im VRR 20/027/2011
 - A - Antrag der Fraktion "DIE LINKE" vom 04.09.2011
 - B - Teilnahme am Pilotprojekt "SozialTicket"
8. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung
10. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Dr. Stapper, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs mit einer Ansprache zum Gedenken an den kürzlich verstorbenen Kreiskämmerer Peter Herweg und einer anschließenden Schweigeminute.

Im Anschluss daran stellt er fest, dass die Einladung ordnungsgemäß ergangen ist und der Ausschluss beschlussfähig ist.

Als Berichterstatter für den Kreistag stellt sich Herr Schlottmann zu Verfügung.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2011

Die Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2011 wird inklusive der Niederschriftergänzung einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Herr Kreisdirektor Richter berichtet zu folgenden aktuellen Entwicklungen im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr:

Ausweitung und Nachfolgeregelung Modernisierungsoffensive 2 / 3 (MOF)

Im Hinblick auf die Diskussion der vergangenen Sitzung des ÖPNV-Ausschusses hat die Verwaltung bezüglich einer möglichen Ausweitung - und Nachfolgeregelung MOF2 mit dem VRR Kontakt aufgenommen. Dieser informierte darüber, dass eine Ausweitung der MOF 2, auch aufgrund der Deckelung der Finanzmittel, sowie der Anzahl der Vorhaben, nicht vorgesehen ist. Eine Entscheidung darüber, ob es eine Nachfolgeregelung der MOF2 gibt, ist frühestens 2014/2015 zu erwarten und wird von der Landesregierung getroffen.

Im Hinblick auf die Nutzung alternativer Fördermöglichkeiten für Infrastrukturmaßnahmen im ÖPNV bietet sich v.a. die Infrastrukturkostenförderung (nach §12 ÖPNVG) an. Positiv zu bewerten sind Bestrebungen der Landesregierung, im Zuge der Novellierung des ÖPNVG NRW die Förderquote ab dem 01.01.2012 für neue Vorhaben von derzeit 85% auf 90% anzuheben. Der VRR hat dem Land NRW vorgeschlagen, entsprechend der Finanzsituation der Kommunen eine gestaffelte Förderung von 92,5% (genehmigtes Haushaltssicherungskonzept) über 95% (nicht genehmigtes Haushaltssicherungskonzept) bis zu 100% (überschuldete Kommune bzw. Gefahr der Überschuldung) vorzusehen.

Sachstand zur Kürzung der Linie 131 in Ratingen Breitscheid

Unter Bezugnahme auf die aus Sicht des Kreises Mettmann missverständlichen Pressemitteilungen zu den am 07.09.2011 umgesetzten Angebotsveränderungen in Ratingen Breitscheid und aufgrund der Tatsache, dass es unmittelbar nach Fahrplanwechsel Einzelbeschwerden über verpasste Anschlüsse gab, hat Herr Kreisdirektor Richter den bisherigen Verfahren-, bzw. Beteiligungsverlauf erneut im Ausschuss dargestellt. Er betont, dass entgegen der Berichterstattung der ÖPNV-Ausschuss der Kürzung der Linie 131 bei gleichzeitiger Ausweitung des Fahrtenangebotes auf der O16 nach vorausgegangener Abstimmung mit dem zuständigen Rater Fachamt und unter Berücksichtigung der politischen Beratung im Bezirksausschuss Ratingen-Lintorf/Breitscheid am 14.02.2011 zugestimmt hat. Die Verkehrsunternehmen wurden im Vorfeld im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten um die Schaffung geeigneter Anschlüsse zwischen den Linien 131 und O16 gebeten. Der Kreis Mettmann arbeitet auch nach dem Fahrplanwechsel aktiv mit den Beteiligten an einer weiteren Verbesserung der Anschlusssituation. Die Rheinbahn hat daraufhin ihr Fahrpersonal angewiesen, „Sichtanschlüsse“ von der Linie 131 zur O16 an der Haltestelle „Flurstraße“ zu beachten, um die Anschlusssicherheit weiter zu erhöhen.

Aktueller Sachstand zur Verlängerung der REGIOBAHN nach Wuppertal

Die Stadt Wuppertal hatte sich aufgrund ihrer Situation als Nothaushaltskommune aus dieser letztlich freiwilligen Maßnahme „Verlängerung der REGIOBAHN nach Wuppertal“ zurückgezogen. Herr Landrat Hendele hat daraufhin diese Thematik in verschiedenen Gesprächen mit Frau Regierungspräsidentin Lütke und Herrn Minister Voigtsberger ausführlich diskutiert und ausdrücklich für diese Erweiterung der REGIOBAHN geworben. Letztendlich konnte Herr Landrat Hendele mit der Regierungspräsidentin und dem Minister vereinbaren, dass seitens der Aufsichtsbehörden keine kommunalaufsichtlichen Bedenken gegen die Beteiligung der Stadt Wuppertal an dieser Maßnahme erhoben werden.

Seitens des Verkehrsministeriums wird die Umsetzung dieser Maßnahme sogar ausdrücklich begrüßt, da im Zusammenhang mit dem Ausbau der REGIOBAHN zugleich eine verkehrspolitisch sehr gewünschte Ertüchtigung der Güterverkehrsstrecke erfolgen könnte.

Nach Abschluss der laufenden Revision des § 11 ÖPNVG NRW werden zur Sicherstellung der Finanzierung der gesamten Infrastrukturmaßnahmen und der erforderlichen Betriebskosten Gespräche zwischen dem MWEBWV NRW, der VRR AöR und der REGIOBAHN GmbH zur zeitnahen Klärung offener Finanzierungsfragen geführt.

Zu Punkt 4:	Sachstandsbericht zu aktuellen Angelegenheiten im ÖPNV - Vorlage Nr. 20/025/2011
--------------------	---

Herr Kreisdirektor Richter führt ergänzend zur Vorlage aus, dass nach der nunmehr rechtssicheren Beendigung des Rechtsstreits zwischen VRR und DB Regio NRW die im Kreishaushalt gebildete Rücklage für den Rechtsstreit zeitnah aufgelöst wird.

Verständnisfragen der Ausschussmitglieder zu den Angebotsveränderungen auf der Linie 634 werden seitens Herrn Kreisdirektor Richter beantwortet. Es wird daraufhin hingewiesen, dass das nunmehr aktuelle Angebot mit dem Ergebnis der politischen Beratungen im Ennepe-Ruhr-Kreis übereinstimmt.

Herr Kreisdirektor Richter weist ergänzend zur Vorlage nochmals auf Problempunkte hin, die nach derzeitigem Erkenntnisstand der Reaktivierung der Ratinger Weststrecke entgegenstehen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bevorrechtigung des Internationalen Güterverkehrs und der Tatsache, dass DB Netz mit diesem einen deutlich höheren Gewinn als mit dem SPNV erzielt, wäre die Reaktivierung der Ratinger Weststrecke für den SPNV nur durch den Bau eines dritten Gleises möglich. In Verbindung mit dem Bau einer zweiten Tunnelröhre im Bereich des Staufenplatztunnels und dem damit einhergehenden gestiegenen Infrastrukturkosten ist derzeit kein positives Ergebnis hinsichtlich der Förderfähigkeit der Maßnahme zu erwarten. In diesem Zusammenhang weist Herr Kreisdirektor Richter aber auch auf die Bedeutung des optionalen Erhalts des Planungsraumes der Trasse hin.

Auf den seitens des Ausschusses geäußerten Wunsch, die Ratinger Weststrecke nicht „zu begraben“, sondern nach Alternativen zu suchen, erklärt Herr Kreisdirektor Richter, dass die Verantwortlichen durchaus Entwicklungsmöglichkeiten suchen. So ist beispielsweise die Möglichkeit eines parallel zur Ratinger Weststrecke verkehrenden Schnellbusses geprüft worden, die aber aufgrund teilweise fehlender Straßenverbindungen nicht realisiert werden kann. Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes wird aber eine Stärkung der SPNV Anbindung Ratingen-West – Flughafen geprüft, was ebenfalls eine Verbesserung der Anbindungssituation herbeiführen könnte.

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zu aktuellen Angelegenheiten im ÖPNV zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Fortschreibung Nahverkehrsplan Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 20/024/2011
--------------------	--

Die Verwaltung informiert den Ausschuss über die vorliegende Vorlage hinaus über den aktuellen Stand der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Mettmann (NVP) und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Anregung des Ausschusses wird verwaltungsseitig zugesagt, die Bezeichnungen einzelner Gebietskategorien umzubenennen. Ebenso wird zugesagt, die in der Entwurfsfassung

definierten Verkehrszeiten und Betriebszeitfenster nochmals mit den Beteiligten abzustimmen und als Grundlage für die weiteren Planungsschritte aufzunehmen. Das ebenfalls erläuterte Ablaufschema „Anwendung der Bedienungsstandards“ ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs beschließt die in der Anlage definierten „Anforderungen an die Ausgestaltung des ÖPNV-Angebotes (Bedienungsstandards)“ als Grundlage für die weiteren Planungsschritte im Rahmen der NVP-Fortschreibung.
2. Die Ausführungen der Verwaltung zu den Qualitätsstandards und der beabsichtigten, weiteren Vorgehensweise werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung der Fraktion „DIE LINKE“

Zu Punkt 6:	Neuordnung des Linienverkehrs zwischen Leichlingen und Langenfeld - Vorlage Nr. 20/026/2011
--------------------	--

Die Verwaltung erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Es wird verwaltungsseitig betont, dass es – wie bereits in der Vergangenheit – auch zukünftig keine Finanzierungsbeteiligung des Kreises Mettmann an den benannten Linien gibt, da das Verkehrsinteresse ausschließlich beim Rheinisch-Bergischen-Kreis liegt.

Beschluss:

1. Die weitestgehende Einstellung des bisherigen Parallelverkehrs der Linie 254 auf dem Gebiet der Stadt Langenfeld wird durch den Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs begrüßt.
2. Gegen die vom Rheinisch-Bergischen Kreis beabsichtigte Neuordnung des Linienverkehrs zwischen Leichlingen und Langenfeld durch die Linie 257 zum Fahrplanwechsel im Dezember 2011 werden keine Einwendungen geltend gemacht.
3. Bei der Fahrplangestaltung der 257 hat der Rheinisch-Bergische Kreis geeignete Maßnahmen zur Anschlusssicherung an der Verknüpfungshaltestelle „Gladbacher Straße“ von/zur Linie 791 zu schaffen.
4. Eine finanzielle Beteiligung für die Betriebsleistungen der Linie 257 auf Langenfelder Stadtgebiet wird weiterhin nicht erfolgen, da das Verkehrsinteresse allein dem Rheinisch-Bergischen Kreis zuzurechnen ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen der Fraktion „Bündnis 90 / die Grünen“

Zu Punkt 7:	SozialTicket im VRR A - Antrag der Fraktion "DIE LINKE" vom 04.09.2011 B - Teilnahme am Pilotprojekt "SozialTicket" - Vorlage Nr. 20/027/2011
--------------------	--

Zu A:

Frau Kuchler trägt den vorliegenden Antrag für die Fraktion „DIE LINKE“ vor. Es folgt eine lebhafte und ausführliche Diskussion seitens der Ausschussmitglieder, die mit der Abstimmung zu diesem Beratungspunkt endet.

Zu B:

Nach einer umfassenden Beratung und Diskussion der Ausschussmitglieder und aktuellen Erläuterungen von Herrn Kreisdirektor Richter, die die Aspekte Finanzierung, Organisation des Projektes, haushaltsrechtliche Fragen und Beteiligung der kreisangehörigen Städte berührte und vertiefte, fasste der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs den einstimmigen Beschluss, die Entscheidung auf die Sitzung des Kreisausschusses, bzw. Kreistages am 29.09.2011 zu verschieben. Bis zu diesem Zeitpunkt ist auch eine abschließende Positionierung der Städte zu erwarten, was man seitens der Ausschussmitglieder in die Beratung einfließen lassen möchte.

Beschluss:

Zu A:

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

CDU	7 Nein-Stimmen
SPD	4 Enthaltungen
Bündnis 90/Die Grünen	2 Nein-Stimmen
FDP	2 Nein-Stimmen
UWG-ME	1 Nein-Stimme
DIE LINKE	1 Ja-Stimme

Zu B:

Entscheidung wird auf die Sitzung des Kreisausschusses, bzw. Kreistages am 29.09.2011 ohne Beschlussempfehlung verwiesen.

Zu Punkt 8:	Nachträge
--------------------	------------------

Es liegen keine Nachträge für den Öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Anschließend stellt der Vorsitzende, Herr Dr. Stapper, die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:25 Uhr

gez.
Dr. Norbert J. Stapper

gez.
Annette Geißler